



Quelle: Xander Heint

GKV-Reform: 66 Maßnahmen gegen drohendes 40-Milliarden-Defizit

Michael Fiedler

Die Bundesregierung leitet eine grundlegende Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung ein. Eine Expertenkommission schlägt 66 Maßnahmen vor, um die Beiträge ab 2027 zu stabilisieren. Doch viele der Vorschläge greifen tief in Leistungen, Finanzierung und Systemlogik ein.

Beitragsschock droht – Reformdruck steigt

Die gesetzliche Krankenversicherung steht vor einer finanziellen Zäsur. Ohne Gegenmaßnahmen droht laut FinanzKommission Gesundheit bis zum Jahr 2030 ein Defizit von über 40 Milliarden Euro – konkret bis zu 40,4 Milliarden Euro. Bereits 2027 müsste eine Finanzierungslücke von rund 15,3 Milliarden Euro geschlossen werden, um die Beitragssätze stabil zu halten. Andernfalls könnten Zusatzbeiträge von derzeit durchschnittlich 2,9 Prozent auf bis zu 3,7 Prozent im Jahr 2027 und perspektivisch auf 4,7 Prozent steigen und sowohl Versicherte als auch Arbeitgeber spürbar belasten. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken spricht daher von der „bisher umfassendsten Reform der gesetzlichen Krankenversicherung“ und kündigt ein zügiges Gesetzgebungsverfahren an.

66 Maßnahmen – und alle sollen zahlen

Die [Kommission schlägt ein Maßnahmenpaket](#) mit einem Gesamtvolumen von über 42 Milliarden Euro für 2027 vor – konkret rund 42,3 Milliarden Euro und damit deutlich mehr

als die eigentliche Finanzierungslücke. Damit soll der Politik Spielraum für Auswahlentscheidungen bleiben. Auffällig: Die Lasten werden breit verteilt.

- Einsparungen bei Leistungserbringern und Herstellern (rund 19 Milliarden Euro bzw. 45 Prozent)
- höhere Eigenbeteiligungen für Versicherte (rund 4,1 Milliarden Euro)
- zusätzliche Einnahmen über Beiträge (rund 4,8 Milliarden Euro)
- stärkere Steuerfinanzierung (rund 12,5 Milliarden Euro)
- neue bzw. höhere Konsumsteuern (rund 1,9 Milliarden Euro)

Alle Akteure im System sollen ihren Beitrag leisten.

Eingriffe in Leistungen und Vergütungssysteme

Ein zentraler Hebel ist die Begrenzung der Ausgabendynamik. Die Kommission empfiehlt eine Rückkehr zu einer strikt einnahmeorientierten Ausgabenpolitik – also eine Deckelung von Vergütungsanstiegen im Gesundheitswesen. Allein diese Maßnahme könnte bereits 2027 Einsparungen von rund 5,5 Milliarden Euro bringen und bis 2030 auf über 16 Milliarden Euro anwachsen. Zugleich werden konkrete Leistungseingriffe diskutiert oder vorgeschlagen, darunter:

- Streichung bestimmter Vergütungsregelungen
- Kürzungen bei Arzneimittelausgaben
- Einschränkungen bei einzelnen Leistungen
- stärkere Prüfung von medizinischer Notwendigkeit

Besonders brisant: Leistungen ohne nachgewiesenen Nutzen sollen grundsätzlich nicht mehr erstattet werden – explizit genannt wird unter anderem die Homöopathie.

Mehr Eigenverantwortung – höhere Zuzahlungen

Auch Versicherte geraten stärker in den Fokus. Die seit 2004 kaum veränderten Zuzahlungsregelungen sollen an die Inflation angepasst werden. Damit wird ein Paradigmenwechsel sichtbar: Weg von der nahezu stabilen Eigenbeteiligung – hin zu einer dynamischeren Beteiligung der Versicherten an den Kosten. Für Durchschnittsverdiener könnte die Mehrbelastung laut Kommission bereits 2027 bei rund 260 Euro pro Jahr liegen und bis 2030 auf etwa 680 Euro steigen.

Strukturelle Eingriffe auf der Einnahmenseite

Neben Einsparungen greift die Kommission auch tief in die Einnahmestruktur ein. Zu den Vorschlägen gehören unter anderem:

- Abschaffung der beitragsfreien Ehegattenversicherung (rund 3,5 Milliarden Euro Effekt)
- höhere Beiträge für bestimmte Beschäftigungsformen
- stärkere Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen

Allein die Finanzierung der Gesundheitskosten von Bürgergeldempfängern über Steuermittel könnte rund 12 Milliarden Euro mobilisieren.

Neue Steuern für Gesundheitspolitik

Zur Stärkung der Prävention setzt die Kommission zudem auf klassische Lenkungsinstrumente:

- höhere Tabaksteuer (rund 1,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen)
- höhere Alkoholsteuer (rund 0,6 Milliarden Euro)
- Zuckersteuer auf Softdrinks (zusätzliche Einnahmen im dreistelligen Millionenbereich)

Die Einnahmen sollen direkt dem Gesundheitssystem zugutekommen.

System unter Druck – Politik vor Grundsatzentscheidungen

Die Analyse der Kommission zeigt: Das Problem ist strukturell. Die Ausgaben wachsen seit Jahren schneller als die Einnahmen – vor allem getrieben durch steigende Preise im System. Gleichzeitig schwächt sich die Einnahmenseite durch demografische Effekte und eine stagnierende Beschäftigungsentwicklung ab. Die Konsequenz: Ohne Reform drohen dauerhaft steigende Beitragssätze – mit Belastungen für Arbeitnehmer und Unternehmen.

Was jetzt folgt

Die Bundesregierung will auf Basis der Empfehlungen zeitnah ein Gesetzgebungsverfahren starten. Dabei dürfte weniger die Analyse strittig sein als die Auswahl der Maßnahmen: Denn die Vorschläge reichen von Effizienzsteigerung bis zu tiefgreifenden Leistungskürzungen und Systemeingriffen. Fest steht: Die gesetzliche Krankenversicherung steht vor einem Umbau, der weit über kurzfristige Beitragssicherung hinausgeht.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949095/GKV-Reform-66-Massnahmen-gegen-drohendes-40-Milliarden-Defizit/>